

Berantwortl. Redakteur: R. O. Höller in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
dreiheitlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Bestellteile über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf. im Abendblatt und Nekramen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Interaten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

A genügen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Lavalidank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thines, Greifswald G. Illies, Kiel a. S. J. Bark & Co. Hamburg Joh. Noortbaa, A. Steiner, William Wilkins. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Copenhagen Ang. J. Wolf & Co.

Dutschland.

Berlin, 5. Juni. Die aus Anlass der Ernennung des Kaisers zum Chef des englischen Regiments Royal Dragoons am Mittwoch Abend hier einstehende Deputation dieses Regiments besteht aus dem Kommandeur Oberstleutnant Tomkinson, dem Adjutant Major Mahon und dem Premier-Lieutenant Prince Francis of Teck. Letzterer ist der Bruder der Prinzessin Mary von Teck, welche mit dem verstorbenen Prinzen Albert Victor von Großbritannien, Herzog von Clarence, verlobt war, und sich im vorigen Jahre mit dem zweiten Sohn des Prinzen von Wales, Prinzen George, Herzog von York, vermählte. Die Offiziere, welche als Gäste des Kaisers während ihres Aufenthaltes in Berlin im Hotel "Der Reichshof" wohnen werden am Tage nach ihrer Ankunft vom Kaiser im Neuen Palais empfangen werden und vom Freitag ab den an diesem Tage beginnenden Bejächtigungen den Garde-Kavallerie-Regiment auf dem Tempelhofer Felde bewohnen. Auch gedenkt das Offizierkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments, Königin von Großbritannien und Irland, die englischen Kameraden an einem Tage in seiner Nähe zu sehen.

Angesichts der nahe bevorstehenden Ernte dürfte sicherlich für weitere Kreise die nachstehende Erklärung von Interesse sein, welche zwischen dem deutschen Landwirtschaftsrat und dem Verband deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften bezüglich des landwirtschaftlichen Versicherungswesens vereinbart worden ist:

"Erklärung, betreffend die landwirtschaftlichen Versicherungs-Bedingungen.

Die gegenwärtig bei den dem mitunterzeichneten Verbänden angehörenden deutschen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften in Kraft befindlichen Bedingungen für landwirtschaftliche Versicherungen enthalten die Bestimmung, daß der Versicherte die Verpflichtung hat, mit Ausnahme der Früchte, der Dörflichkeit, des Samenkörpers und der Handelsgewächse die gefäumten aus der letzten Ernte gewonnenen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zufalls, ihrem wahren Werthe entsprechend zur Versicherung zu vereinbaren.

Die landwirtschaftlichen Versicherungsbedingungen der bezeichneten Versicherungsgesellschaften beruhen auf den zwischen ihnen und dem deutschen Landwirtschaftsrat getroffenen Vereinbarungen. Die in diesen Vereinbarungen seitens der Gesellschaften gemachten Zugeständnisse in Bezug auf volle Freizügigkeit, Erfredung der Versicherung aus das auf dem Halm befindliche Getreide, sowie auf die Zeit während der Erntearbeiten, während der ersten acht Tage nach Aufführung der Schober und während des Transports von und zu Marktorten, ohne Erhöhung der Prämienfülle, könnte der deutsche Landwirtschaftsrat seinerzeit nur verlangen und erhalten unter der Voraussetzung, daß seitens der Landwirthe die Verpflichtung, die ganze Ernte ihrem Werthe entsprechend zu versichern, übernommen und erfüllt werde.

Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß diese Verpflichtung tatsächlich nicht immer erfüllt wird, daß vielmehr die Landwirthe in nicht seltenen Fällen nur einen Theil der Ernte zur Versicherung anmelden, was dann im Brandbeschadigung zu Differenzen und für den Versicherten zu Enttäuschungen führen muß. Die Ursache dieser auftretenden Erfahrungen erbleibt vor darüber, daß die Fassung der eingangs erwähnten Bedingungen in manchen Fällen mißverständlich ist.

Um für die Folge den verhindern Landwirthe vor mißverständlichen Auffassung und daraus sich ergebenden Differenzen und Schwierigkeiten im Brandbeschadigung zu schützen, um andererseits den Feuerversicherungs-Gesellschaften zu ihrem unverzerrten Recht auf Empfang der Prämie für die gefäumte Ernte, für welche sie tatsächlich die Gefahr tragen, zu verhelfen, haben die Unterzeichneten eine Änderung der landwirtschaftlichen Bedingungen vereinbart, nach welcher diejenige Verpflichtung, durch welche die vorerwähnte Verpflichtung auferlegt wird, künftig lauten soll:

a) Die auf Erzeugnisse der laufenden Ernte abgeschlossene Versicherung hat auch Gültigkeit für die Zeit, wo dieselbe noch auf dem Halm steht, während der Erntearbeiten, sowie unter den Bedingungen des § 10 beim Auftreten vom Acker in Schöber, noch acht Tage vom Beginn des Auftretens ab gerechnet; die Entschädigungsbereitschaft der Versicherungsgesellschaft für jeden einzelnen Brandbeschadigungsfall dieser Art ist aber auf 18 000 Mark beschränkt, sofern dieselber eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist. Demgegenüber hat der Versicherte die Verpflichtung, mit Ausnahme der Früchte, der Dörflichkeit, des Samenkörpers und der Handelsgewächse, die gefäumten aus der letzten Ernte gehörigen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zufalls, ihrem wahren Werthe entsprechend, zu versichern, und zwar in den Gebäuden zur Versicherung zu stellen, gleichviel ob diese Erzeugnisse schon in die Gebäude eingebroacht sind oder noch auf dem Halm stehen oder gemäß auf dem Felde liegen oder in Schöber gesetzt sind.

b) Die auf Erzeugnisse der laufenden Ernte abgeschlossene Versicherung hat auch Gültigkeit für die Zeit, wo dieselbe noch auf dem Halm steht, während der Erntearbeiten, sowie unter den Bedingungen des § 10 beim Auftreten vom Acker in Schöber, noch acht Tage vom Beginn des Auftretens ab gerechnet; die Entschädigungsbereitschaft der Versicherungsgesellschaft für den Brandbeschadigung der Versicherungsgesellschaft für jeden einzelnen Brandbeschadigungsfall dieser Art ist aber auf 18 000 Mark beschränkt, sofern dieselber eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist. Demgegenüber hat der Versicherte die Verpflichtung, mit Ausnahme der Früchte, der Dörflichkeit, des Samenkörpers und der Handelsgewächse, die gefäumten aus der letzten Ernte gehörigen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zufalls, ihrem wahren Werthe entsprechend, zu versichern, und zwar in den Gebäuden zur Versicherung zu stellen, gleichviel ob diese Erzeugnisse schon in die Gebäude eingebroacht sind oder noch auf dem Halm stehen oder gemäß auf dem Felde liegen oder in Schöber gesetzt sind.

c) Die Versicherung umfaßt also die ganze Ernte an Halm- und Hülsenfrüchten, Heu und Futterkräutern einschließlich der älteren Bestände und des Zufalls. Früchte, Dörflichkeit, Samenkörner und Handelsgewächse sind nur umfassend, wenn sie besonders deklariert sind. Die verschiedenen Gattungen der Ernte-Erzeugnisse können wechseln; für die Versicherung von Schöbern gelten dagegen die Bestimmungen des § 10.

d) Die Versicherung auf ungedroschene Feldfrüchte geht nach dem Ausbrechen auf ihr Körper und, wenn das Stroh nicht ausreichend von der Versicherung ausgeschlossen ist, auch auf das letztere über.

e) Wenn die durch Verlust und Naturabwendung stattfindende Verminderung der Feld- und Wiesen-Erzeugnisse nicht durch ordnungsmäßig geführte Wirtschaftsprüfung oder auf sonst unzweckhafter Weise nachgewiesen

wird, so wird angenommen, daß sie für Getreide und Stroh täglich mindestens $\frac{1}{2}$ Pf. am 1. September beginnend, für Futterkräuter mindestens $\frac{1}{2}$ Pf. am 1. November beginnend, beträgt.

Bei Ermittlung einer Brandentschädigung für ungedroschene Getreide soll von dem Marktpreise der Körner der Dresdner Lohn in dem Falle nicht in Abzug gebracht werden, wo er nachweislich nicht export wird. Für Marktwerten findet überhaupt kein Abzug statt.

Nach der vorstehenden Erklärung sind mißverständliche Auffassungen über die Tragweite der in diesen Bedingungen für die Landwirthe enthaltene Verpflichtung zur Befreiung der Ernte ausgeschlossen und werden die bei den Gesellschaften Prinzen Ludwig mit ihrer Herabsetzung seines gereichten Alters und seiner selbstständigen Ansichten auf die Verpflichtung seiner Pläne für die Schiffsbarmachung des oberen Mains gedeutet werden, für welche die Abgeordnetenfamilie der Kosten wiederholt abgelehnt hat; in der Preise war bei diesem Erlaß jener Plan des Prinzen als "jugendliche Liebhaberei" verpönt worden, gegen welche Insinuation der am 7. Januar 1845 geborene hohe Herr allerdings Vermauerung einlegen konnte. Bemerkte wurde in der Landauer Rente des Prinzen neben der Herabsetzung der notwendigen Mitwirkung des Volkes bei den Reformen in Staat und Gesellschaft der begehrte Hinweis auf die deutschen Siege von 1870; gerade in der Pfalz soll die Zentrumspartei der artiger deutsch-nationalen Stärkungen hier und da bedienen. Der bayerische Bauernbund endlich ist völlig in Uneinigkeit und Verwirrung geraten; seine Abgeordneten in der Münchener Kammer folgten Herrn Dr. Ratzinger, den aber die ländlichen Agitatoren lebhaft bekämpfen. Bezeichnend ist, daß von dieser Verwirrung nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern auch der bisher bei dem albtälerischen Landvolk verdrängte Liberalismus Vortheil zieht und erfreut wieder Boden gewinnt, eine Erstreckung, welche die Preise des dort gänzlich abgewirtschafteten Zentrums mit Bevorzugt erfüllt.

Vor einiger Zeit war in Blättern von jenem eigentlich Rechtsverhältniß die Rede, daß österreichischen Diözesen auf preußisch und andererseits einer preußischen Diözese auf österreichischem Gebiete die kirchliche Jurisdiktion einräumt, und es wurde aus Überleitungen gemeldet, die Trennung des österreichischen Anteils der Diözese Breslau von Preußen und deren Zuliegung zur Diözese Krakau werde neuerdings eifrig gefordert. Gegenwärtig gehören zur Diözese Prag die preußischen Kreise Olmütz, Habschowitz und Neustadt, zur Diözese Olmütz der preußische Kreis Neustadt, ein Theil des Kreises Ratisbon und das Gut Stolpmühl im Kreise Leobschütz, dagegen zur Diözese Breslau der Leobschützer Kreis, die im Troppauer Kreise gelegenen, die Bistumsgüter enthaltenden Theile des Fürstenthums Neisse und die Herrschaft Obersdorf. Wie wir jetzt erfahren, ist an einer Abtrennung des österreichischen Theiles der Diözese Breslau vorläufig nicht zu denken. Die römische Kirche und die österreichische Regierung sind nicht gewillt, eine historisch begründete Recht aufzugeben. Die österreichische Regierung ist zudem entschieden gegen den Anspruch der preußischen Regierung, daß die bisher den alten Verträgen gemäß stattgehabte Theileweise Unterhaltung der Breslauer Diözese aus den auf österreichischem Gebiet liegenden Kirchengütern auch nach erfolgter Trennung vom Bistum Breslau erfolge, und befürchtet von einer Änderung der Diözesangrenzen auch einen Streit zwischen Polen und Deutschen über die Frage, ob der österreichische Theil der Diözese Breslau der Prager oder der Olmützer, oder der Krakauer Diözese zu unterstehen sei. Außerdem ist das Interesse, das die preußische Regierung früher an einem Zusammenschluß der Diözesangrenze mit der Gebietsgrenze hatte, durch die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn erheblich abgeschwächt worden. Auch der Troppauer Clerus ist gegen eine Abtrennung von der Breslauer Diözese.

Dresden, 4. Juni. Auch der hier ausgetragene Bierkrieg liefert einen Beweis für die Rücksichtlosigkeit, die grobe Unmaß und die Unwahrschafftigkeit der Sozialdemokratie. Der Krieg wird mit einer solchen Leidenschaft geführt und hat bereits derartige polizeiliche und gerichtliche Folgen gehabt, daß einige Worte zur Abschlüssung dienen mögen. Die heutige "Waldschlößchen-Brauerei" heißt neben den Namen eines Partei, den der Führer der Dresdener Sozialdemokratie zu der Magistratur zur Verfügung haben wollten. Die Brauereileitung wollte den Part begegnen, stellte jedoch die Bedingung, daß sich dort nicht 12—15 000 Menschen, wie die Sozialdemokraten antündigten, sondern nur 3000—4000 Menschen versammeln, denn mehr könne der Part nicht lassen. Auch wurde verlangt, daß alle Ausschreibungen vermieden würden und die Magistratur im Part nicht den Charakter einer Demonstration annehme, doch durch eine solche die Brauerei in Streit mit den Behörden und den benachbarten Kaufleuten kommen könne. Diese durchaus gerechtfertigten Forderungen genügen der Sozialdemokratie, um gegen die Brauerei den "Bierkrieg" zu eröffnen. In der ganzen sächsischen Sozialdemokratie hält es wider von leidenschaftlichen Reden. Das Verfahren der Brauerei wird ein "Unterwerstreich" genannt, eine "Bergenwallung und Schmach", ein "Willkürgefäß der Brauereiherrn". Obgleich, wie die sozialdemokratische Presse schon wiederholt erläutert hat, in Sachsen Aufsichtsbehörden zum Befolgen unter Umständen gerichtlich bestraft werden und obgleich gegen den Brauerei des hiesigen sozialdemokratischen Blattes wegen der gegen die "Waldschlößchen-Brauerei" gerichteten Befreiungsansprüche bereits ein Strafverfahren schwelt, so verbünden die sozialdemokratischen Führer in dem Blatte jetzt trocken über nicht weniger als 547 Ladengeschäfte und Gastwirtschaften, die zu der Ruhmhaft der Brauerei gehören, den Befolgen. Eine achtenswerte große Firma, die einzelne ihrer Arbeiter seit 30 bis 50 Jahren beschäftigt und zahlreiche, den Arbeitern günstige Einrichtungen geschaffen hat, soll ruiniert werden, 547 völlig unberührte Geschäfte werden, 547 lädierte Belegschaften, die ganze sächsische und auswärtige rohe Presse hält von Schimpfsreden und groben Ausfällen wider, weil die Brauereileitung sich als Herrin auf ihrem Grundstück fühlt und die Verfügung über einen Theil derselben nicht bedingungslos an einige unbekannte Männer sozialdemokratischer Gesinnung und an die rothe, mit gähnenden Leidenschaften exultante Magie abtreten wollte. Die Verurteilung dieser neuesten sozialdemokratischen Gewaltmittels ist in der heutigen Bürgerschaft allgemein.

Dresden, 4. Juni. Eines großen Zahl Metallarbeiter in den hiesigen königlichen Artilleriewerken ist gefündigt worden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Der hierher einberufenen Verbandstag deutscher Berufsgemeinschaften ist gut besucht. Die Verhandlungen beginnen morgen. Heute tagen die Ausschüsse.

München, 2. Juni. Die gestrige Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte eine Überraschung. Es war nämlich von Grillenberger namens seiner sozialistischen Freunde eine Interpellation eingebracht, welche gestern für nichts anderes Sinn als für die Neuerung des Präsidentenpostens bestimmt war. In der Sitzung folgte und lautet: "1. Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß durch Entzifferung der künftigen Regierung von Mittelfranken, Kämmer der Innern, am 21. Mai 1894 der Volksschullehrer G. Linnert in Nürnberg auf die Dauer eines Jahres unter Bestellung der Schulverwaltung auf seine Kosten vom Dienste suspendiert worden ist? 2. Wenn ja, billigt die königliche Staatsregierung diesen Entzug in die den Staatsbürgern verfassungsmäßig garantierten Rechte, oder ist sie gekommen, hier entsprechend Rente einzutreten zu lassen?" Lehrer Linnert habe am 18. März im Volkssverein in Fürth, gegen eine Abtrennung von der Breslauer Diözese.

Dresden, 4. Juni. Eine großen Zahl Metallarbeiter in den hiesigen königlichen Artilleriewerken ist gefündigt worden. Weitere Entlassungen stehen bevor. Der hierher einberufenen Verbandstag deutscher Berufsgemeinschaften ist gut besucht. Die Verhandlungen beginnen morgen. Heute tagen die Ausschüsse.

München, 2. Juni. Die gestrige Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte eine Überraschung. Es war nämlich von Grillenberger namens seiner sozialistischen Freunde eine Interpellation eingebracht, welche gestern für nichts anderes Sinn als für die Neuerung des Präsidentenpostens bestimmt war. In der Sitzung folgte und lautet: "1. Ist es der königlichen Staatsregierung bekannt, daß durch Entzifferung der künftigen Regierung von Mittelfranken, Kämmer der Innern, am 21. Mai 1894 der Volksschullehrer G. Linnert in Nürnberg auf die Dauer eines Jahres unter Bestellung der Schulverwaltung auf seine Kosten vom Dienste suspendiert worden ist? 2. Wenn ja, billigt die königliche Staatsregierung diesen Entzug in die den Staatsbürgern verfassungsmäßig garantierten Rechte, oder ist sie gekommen, hier entsprechend Rente einzutreten zu lassen?" Lehrer Linnert habe am 18. März im Volkssverein in Fürth, gegen eine Abtrennung von Gambia für 1848, sich über König Ludwig I. von Bayern u. A. da J. geäußert: "Der Wahlspruch König Ludwigs I. lautet: Gerecht und berarztlich! Berarztlich war er, aber in Ungerechtigkeit!" Die Regierung von Mittelfranken hatte Linnert zur Verantwortung aufgefordert und Linnert ihr das Recht hierzu bestritten, bzw. ihm die Antwort verweigert, worauf seine Suspension erfolgte. Als es nun zur Beratung kam, zog Grillenberger namens der Interpellanten "Auf Wunsch des Lehrers Linnert" die Anfrage zurück.

München, 4. Juni. Beide Kammern des Landtages hielten heute ihre Schlusssitzung ab. Ministerpräsident Freiherr von Crailsheim verlas in jeder der beiden Kammern die königliche Befehl, durch welche dieselben bis auf Weiteres vertragt werden. Die wenigsten Leute des heutigen politischen Frankreichs wissen was sie wollen, und die es wissen, behalten ihr Geheimnis für sich, in der Erwartung irgend eines unvorhergesehenen Ereignisses, welches der jetzigen Stagnation des republikanischen Staatsweisens ein Ende machen soll.

Paris, 4. Juni. Der Kammer für ein Gesetzvorschlag zugegangen betreffend Zustimmung zum Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 15. März 1894 über Abgrenzung des Schutzbereichs Kamerun und der Kolonie am französischen Kongo, sowie über Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees.

Zivillebe im Magnatenhause steht nun in zweiter Linie, die Personenfrage ist Hauptfrage geworden. Für die Lage bezeichnend ist, daß in Ostpreußen die Stimmung umgeschlagen und Klage erhoben wird, daß die ungarnische Altkonservativen im Verein mit den Bischöfen die Krone in eine Sackgasse geführt und zur Bildung des Ministeriums ihr eine Entscheidung frühzeitig angefordert haben. Das der Monarch, ohne die Regierungspartei nach parlamentarischem Ursus zu verständigen, sofort Kabinett mit der Kabinettbildung betraut, wird damit erklärt, daß das Ministerium Befehle nicht in Folge einer parlamentarischen Niederlage, sondern in Folge einer Differenz mit der Krone zurücktritt.

Allein die liberale Partei Ungarn ist anderer Ansicht, und wie die Dinge stehen, dürfte die Notwendigkeit sich ergeben, ihre Vorherrschaft einzuholen. In diese Lage wurde die Krone durch den ungarnischen Feudaladel versetzt, der in seinem Übermuth noch vor wenigen Tagen sich dahin äußerte, im schlimmsten Falle könnte ein General mit der Bildung des Kabinetts betraut werden. Da die Situation in Ungarn sich gegen die feudalen Herren zusätzt, sind dieselben in ihren Ansichten etwas ruhiger geworden. Es herrscht die höchste Spannung über den Ausgang der Krise, die sie mag, wie immer gelöst werden, die Schädigung der Autorität der Krone zur Folge haben wird und nicht ohne gewaltsame Störungen der inneren Ruhe Ungarns und nicht ohne Demonstrationen zur Lösung gelangen kann.

Schweiz.

Die ordentliche Sommersession der Bundesversammlung in Bern ist gestern eröffnet worden. Der Nationalrat wählte zum Präsidenten Bremser-Basel (radikal) und zum Vizepräsidenten Baumann-Frauenfeld (liberal). Der Ständerat wählte zum Präsidenten Torrents-Wallis (ultramontan) und zum Vizepräsidenten Jordan Martin aus Lausanne (radikal).

Belgien.

Brüssel, 4. Juni. Im Streit zwischen Belgien und Deutschland wegen des englisch-belgischen Pfarrvertrages kam es zu einer grundlegenden Eingliederung der beiden Mächte. Der Kongress bleibt der Grenznachbar Deutschlands in Afrika, dagegen nimmt der Streit mit Frankreich eine bedeutende Wendung. Die Kongoregierung sammelt erhebliche Streitkräfte am Ubangiaflusse, um einem etwaigen französischen Handstreich zu begegnen.

Die Parteien der Rechten in der Kammer beschlossen, die Frage der Eingangszölle noch vor dem am 12. Juni erfolgenden Sessionsschluss zu beraten.

Frankreich.

Die Wahl Casimir Periers zum Präsidenten der französischen Deputiertenfamilie bezeugt, daß die Mehrheit der Volksvertreter heute wenigstens derartige geneigt ist, mit dem Radikalismus bez. der Sozialdemokratie zu gehen. Beide beiden Richtungen hatten Herrn Bourgeois zu ihrem Kandidaten erklärt, er blieb aber um eine ziemlich erhebliche Stimmenzahl hinter dem Sieger Perier zurück. Da Perier und Dupuy dasselbe Garn der inneren Politik, vielleicht um eine ganz geringfügige Nuance verschieden, spinnen, so ist nicht recht einzusehen, was eigentlich die Situation bei dem Platzwahl zwischen den genannten Politikern geworden haben soll, es sei denn, daß bei dieser Gelegenheit in der Person des neuen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Hanoteau, eine staatsmännische Kraft gewonnen wurde, über deren Werthäusigung zu ihrem Kandidaten zu berichten. Was nun die Auswirkungen der parlamentarischen Sommerkampagne betrifft, so sind dieselben gänzlich und ungünstig, jenachdem man will. Ernsthafe föderative gesetzgebende Arbeit durfte, schwerlich in neuem Werthumfang geleistet werden, weil weder die Kammer dazu Neigung befand, noch sie von den Wählern in dieser Richtung ein imperatives Mandat erhalten hat. Das allgemeine Interesse konzentriert sich mehr und mehr auf die im Spät herbst stattfindende Neuwahl des Prääsidenten der Republik, welche von den Parteien als willkommener Anlaß zur Erprobung ihrer Kraft betrachtet wird. Die einzigen Parteien, welche sich an dem politischen Rätselspiel der Präsidentschaftswahl nicht aktiv beteiligen, sind die Sozialdemokraten aller Schattierungen, und die mit ihnen vereint schlagenden, wenn auch getrennt marschirenden Anarchisten. Diese lassen die "Bourgeois" ruhig gewähren, freuen sich sogar, wenn letztere für nichts anderes Sinn als für die Neuerung des Präsidentenpostens bestimmt sind, weil ihnen selbst dadurch etwas mehr Freiheit zur Verfolgung ihrer eigenen Pläne erwächst. Auch die zunehmende Verzerrung des französischen Parteiens ist zu beobachten, und die mit ihnen vereint schlagenden, wenn auch getrennt mars

